

11043/J XXIV. GP

Eingelangt am 16.03.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Judith Schwentner, Freundinnen und Freunde an den
Bundesminister für Gesundheit

betreffend neue Beschäftigungsverhältnisse im Öffentlichen Dienst

BEGRÜNDUNG

Im Öffentlichen Dienst sind aufgrund der Konsolidierungsmaßnahmen des Staatshaushaltes zahlreiche Personaleinsparungen durch einen weitreichenden Einstellungsstopp bei Personalaufnahmen geplant. Zeitgleich mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch den Verlust vieler Jobs in der Privatwirtschaft zur Folge hatte, droht nun auch im Öffentlichen Dienst ein Personalkahlschlag. Insbesondere bei den Nachbesetzungen von Stellen, den Karenzvertretungen und den befristeten Verträgen soll es zu Einsparungen kommen. Frauen könnten davon besonders betroffen sein. Denn den Daten des Gleichbehandlungsberichts des Bundes 2010 nach zu schließen, ist der Öffentliche Dienst für Frauen ein zunehmend wichtigerer Arbeitgeber. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ist von 2007 auf 2009 von 39 Prozent auf 39,8 Prozent gestiegen.

Eine Verknappung der Stellen könnte sich dahingehend auswirken, dass Frauen auch im Öffentlichen Dienst verstärkt in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie freien Dienstverträgen, befristeten Verträgen und Leiharbeitsverträgen beschäftigt werden. Die nachstehenden Fragen beziehen sich auf den Personalstand in der Zentralstelle Ihres Ressorts.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1) Wie viele freie Dienstverträge, nach Frauen und Männern aufgeschlüsselt, gibt es in Ihrem Ressort?
- 2) Wie viele befristete Dienstverträge, nach Frauen und Männern aufgeschlüsselt, gibt es in Ihrem Ressorts?
- 3) Wie viele dieser befristeten Dienstverträge Ihres Ressorts, nach Frauen und Männern aufgeschlüsselt, entfallen auf Karenzvertretungen?
- 4) Wie viele Arbeitsleihverträge, nach Frauen und Männern aufgeschlüsselt, gibt es in Ihrem Ressort?
- 5) Gibt es in Ihrem Ressort Personen mit Arbeitsleihverträgen, nach Frauen und Männern aufgeschlüsselt, die nicht aus dem Staatsbudget finanziert werden? Falls ja, von welchen Institutionen werden diese Arbeitsleihverträge bezahlt?
- 6) Wie viele weibliche und wie viele männliche Bedienstete sind derzeit in Ihrem Ressort beschäftigt?
- 7) Wie viele weibliche und wie viele männliche Bedienstete, in vollzeit-äquivalenten Stellen gerechnet, sind derzeit in Ihrem Ressort beschäftigt?
- 8) In wie vielen Fällen, in denen Bedienstete ihres Ressorts derzeit im Mutterschutz oder in Karenz sind, gibt es keine Karenzvertretung?
- 9) Ist in Ihrem Ressort geplant, ab einem bestimmten Zeitpunkt im aktuellen Jahr grundsätzlich keine neuen Karenzvertretungen mehr anzustellen?
- 10) Ist in Ihrem Ressort geplant, alle zeitlich befristeten Verträge von MitarbeiterInnen, die im aktuellen Jahr auslaufen, nicht weiter zu verlängern? Falls ja: wie viele Frauen und wie viele Männer wird dies betreffen?